Thüringer Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4732
19.11.2026

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine: ein Weihnachtsfrieden liegt im Interesse Thüringens

I. Der Landtag stellt fest, dass
   1. die Beendigung des Krieges in der Ukraine durch einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sowie die Verhinderung einer Ausweitung des Krieges im Interesse Deutschlands, Europas und Thüringens liegen und daher vorrangige Ziele deutscher, europäischer und Thüringer Politik sein müssen;
   2. die auf fortgesetzte Waffenlieferungen, nicht-humanitäre Finanzhilfen und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland gestützte Politik als friedenspolitisch gescheitert zu bewerten und ein grundlegender Kurswechsel zugunsten von Diplomatie, Vermittlung und Interessenausgleich erforderlich ist;
   3. die wirtschaftlichen Interessen Thüringens, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen und eine bezahlbare, verlässliche Energieversorgung bei der Gestaltung der Beziehungen zu Russland berücksichtigt werden müssen und die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland im Interesse des Freistaats liegt;
   4. die Fortsetzung einer über humanitäre Hilfe hinausgehenden Finanzierung der Ukraine angesichts der Bindung öffentlicher Mittel und langfristiger Haushaltsrisiken politisch verantwortungslos ist;
   5. eine tragfähige europäische Friedensordnung die Souveränität der beteiligten Staaten sowie deren legitime Sicherheitsinteressen – einschließlich der Sicherheitsinteressen Deutschlands und der übrigen europäischen Staaten – berücksichtigen muss.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
   1. sich gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene sowie durch eine entsprechende Initiative im Bundesrat für einen sofortigen Waffenstillstand und die Fortsetzung und Intensivierung der in Abu Dhabi wieder begonnenen Friedensverhandlungen unter Beteiligung Russlands und der Ukraine einzusetzen;
   2. sich gegenüber der Bundesregierung für die unverzügliche Aussetzung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine einzusetzen und allen politischen Schritten entgegenzutreten, die das Risiko einer unmittelbaren deutschen Kriegsbeteiligung erhöhen;
   3. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die finanzielle Unterstützung der Ukraine unverzüglich eingestellt wird, soweit sie über humanitäre Hilfe hinausgeht, und dass kei-

Druck: Thüringer Landtag, 24. November 2026

ne entsprechenden neuen Finanzierungs-, Kredit- oder Garantieverpflichtungen eingegangen werden;
4. sich gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für die unverzügliche Aufhebung der gegen Russland gerichteten Wirtschaftssanktionen einzusetzen;
5. weitergehend darauf hinzuwirken, dass im Zusammenhang mit einer Vereinbarung über einen Waffenstillstand die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland normalisiert werden und dabei das Interesse der Wirtschaft in Thüringen an verlässlichen Handelsbeziehungen und einer wettbewerbsfähigen Energieversorgung geltend zu machen;
6. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Deutschland und die übrigen europäischen Staaten bei den weiteren Friedensverhandlungen und insbesondere bei der Verständigung über eine künftige europäische Sicherheitsordnung angemessen einbezogen werden.

Begründung:

Der Krieg in der Ukraine verlangt einen politischen Kurswechsel, der die Beendigung der Kampfhandlungen und eine dauerhafte Friedensordnung in den Mittelpunkt stellt. Waffenlieferungen und Finanztransfers können eine politische Verständigung über die Bedingungen eines tragfähigen Friedens nicht ersetzen. Eine Politik, die militärische Unterstützung und wirtschaftlichen Druck fortsetzt, ohne der Suche nach einem verhandelten Interessenausgleich den notwendigen Vorrang einzuräumen, bietet keinen Ausweg aus der verfahrenen gegenwärtigen Lage in der Ukraine. Ein sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Beteiligung beider Kriegsparteien sind deshalb die zentralen Ziele dieses Antrags.

Die am 10. und 11. November 2026 in Abu Dhabi unter amerikanischer Vermittlung geführten Gespräche zwischen Russland und der Ukraine haben die Möglichkeit einer diplomatischen Beendigung des Krieges wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt. Zwar konnte bislang weder eine Einigung über einen Waffenstillstand noch über die wesentlichen politischen Streitfragen erzielt werden. Die Wiederaufnahme unmittelbarer Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien eröffnet jedoch die Perspektive, den Weg zu einer politischen Verständigung weiterzuverfolgen. Bemerkenswert ist dabei, dass Vertreter Deutschlands und anderer europäischer Staaten sowie der Europäischen Union zwar zu gesonderten Konsultationen in Abu Dhabi anwesend waren, an den eigentlichen Verhandlungen mit Russland jedoch nicht beteiligt wurden. Angesichts der unmittelbaren Auswirkungen einer künftigen Friedensregelung auf die europäische Sicherheitsordnung liegt es im deutschen und europäischen, damit aber auch im Thüringer Interesse, an deren Ausgestaltung mitzuwirken. Dies darf allerdings nicht dazu führen, die Fortsetzung der begonnenen Friedensgespräche von einer vorherigen Einbeziehung europäischer Vertreter abhängig zu machen.

Die Verhinderung einer weiteren Eskalation liegt im unmittelbaren Interesse Deutschlands und Thüringens. Eine Ausweitung der Kampfhandlungen oder eine unmittelbare deutsche Kriegsbeteiligung wäre mit nicht verantwortbaren Sicherheitsrisiken verbunden. Die Aussetzung deutscher Waffenlieferungen soll einen Kurswechsel zugunsten diplomatischer Konfliktbearbeitung unterstützen. Die begonnenen Friedensverhandlungen müssen auch dann mit Nachdruck fortgeführt werden, wenn die Positionen der Kriegsparteien in wesentlichen Fragen noch

weit auseinanderliegen. Ihre Fortsetzung darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass eine der Kriegsparteien zuvor ihre militärischen Ziele vollständig durchgesetzt hat. Erforderlich ist vielmehr die Bereitschaft, über einen belastbaren Ausgleich zu verhandeln, der die Souveränität und die legitimen Sicherheitsinteressen der Beteiligten berücksichtigt.

Thüringen hat ein eigenständiges Interesse an wirtschaftlicher Stabilität, verlässlichen Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Gewachsene Wirtschaftsbeziehungen zu Russland sind deshalb nicht allein unter dem Gesichtspunkt politischer Abgrenzung, sondern auch unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu beurteilen. Eine auf Diversifikation gerichtete Außenwirtschaftspolitik muss daher die Wiederherstellung solcher Beziehungen ermöglichen. Die Forderung nach unverzüglicher Aufhebung der Wirtschaftssanktionen verbindet sich deshalb mit dem umfassenderen Ziel, im Zusammenhang mit einem Waffenstillstandsabkommen zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Dies ist Ausdruck einer Politik, die Entspannung und wirtschaftlichen Austausch als Elemente einer Friedensordnung begreift.

Die finanzielle Unterstützung der Ukraine bindet öffentliche Mittel. Soweit sie über Kredite, Garantien oder gemeinsame europäische Finanzierungsinstrumente erfolgt, können zudem langfristige Zins-, Haftungs- und Ausfallrisiken entstehen. Solche Verpflichtungen betreffen mittelbar auch die Steuerzahler in Thüringen und können den Spielraum für andere öffentliche Aufgaben verengen. Die Fortsetzung einer nicht-humanitären Finanzierung ist folglich weder friedenspolitisch noch haushaltspolitisch zu rechtfertigen. Humanitäre Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen bleibt von der geforderten Beendigung der finanziellen Unterstützung ausdrücklich ausgenommen.

Die Landesregierung ist aufgefordert, ihre politischen Einflussmöglichkeiten gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat und auf europäischer Ebene für diese Ziele einzusetzen. Friedenspolitische Verantwortung erschöpft sich nicht in allgemeinen Bekenntnissen. Sie verlangt konkrete Initiativen für Diplomatie, die Begrenzung von Eskalationsrisiken und die Wahrung der Sicherheits-, Wirtschafts- und Haushaltsinteressen des Freistaats Thüringen.

Für die Fraktion:

Muhsal